

Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

Beschäftigungsprojekte müssen integrativ bleiben!

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales wird aufgefordert, die Vorgaben für die Bundesagentur dahingehend zu verändern, dass bei Beschäftigungsprojekten die gesetzliche Anforderung der Wettbewerbsneutralität nicht dadurch umgesetzt wird, dass Kundinnen und Kunden einen Nachweis des Bezugs von Sozialleistungen (Ausweis) vorlegen müssen, sondern dass ein Votum der örtlichen Kammern/Sozialpartner eingeholt wird.

Begründung:

Die Agentur für Arbeit und das Jobcenter Bremen haben die Zuweisung von Beschäftigungsmaßnahmen (z.B. Injobber) in jüngster Zeit davon abhängig gemacht, dass die Beschäftigungsträger sich verpflichten, ihre Leistungen nur an Personen weiterzugeben, die selbst Sozialleistungen beziehen und sich ggf. entsprechend ausweisen. Damit werden Projekte wie Stadtteilcafés und Quartierstreffs, die sich an alle Bewohnerinnen und Bewohner richten, praktisch unmöglich gemacht. Auch aus diesem Grund mussten z.B. die Frauenbetriebe QUIRL e.V. ihren Betrieb einstellen.

Dieses Vorgehen ist von Wohlfahrtsverbänden, dem DGB, der Arbeitnehmerkammer und in der Öffentlichkeit kritisiert worden, weil es zu einer sozialen Stigmatisierung der Nutzer/innen beiträgt und damit die soziale Spaltung fördert. Es ist auch rechtlich für das Jobcenter nicht zwingend, da die entsprechende Arbeitshilfe der Bundesagentur für Arbeit auch andere Maßnahmen zur Prüfung der Wettbewerbsneutralität vorsieht (z.B. Einschaltung von Beiräten der Sozialpartner).

Um zu verhindern, dass das Jobcenter und die Agentur für Arbeit weiterhin so vorgehen, sollte das sozialdemokratisch geführte Bundesministerium seine Vorgaben entsprechend ändern und für eine geänderte Praxis der Agenturen und Jobcenter sorgen. Beschäftigungsprojekte sollen keine Regelarbeitsplätze gefährden. Aber sie sollen Menschen unter vertretbaren und realistischen Bedingungen einen schrittweisen Wiedereinstieg in das Arbeitsleben ermöglichen und zum sozialen Zusammenhalt in unseren Quartieren beitragen.

Überwiesen an den Unterbezirksvorstand.